



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

48 (29.1.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332026](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332026)

General-Anzeiger



Abonnement

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraph-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion, Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (K-

nahmen, Druckarbeiten) 641

Redaktion 277

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

70 Pfennig monatlich.
Dringender 25 Pf., monatlich,
kurz bei Post bez. incl. Post-
auszahlung 30. 4.25 pro Quartal.
Eingel.-Nummer 5 Fig.

Inserate:

Die Colonel-Seite . . . 25 Pf.
Kurzfristige Inserate . . . 30
Die Reklame-Seite . . . 1 Mark

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Geflesenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens $\frac{1}{2}$ Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 48.

Wittwoch, 29. Januar 1908.

(Abendblatt.)

Deutsche und Polen in Oberschlesien.

Bei der Erstagwahl in Biesch-Rybnik ist der Kandidat der Polen im ersten Wahlgange gewählt worden. Dies wäre auch dann nicht zu verhindern gewesen, wenn die nichtpolnischen Wähler fest zusammengehalten hätten, denn der Pole erhielt bei den letzten allgemeinen Wahlen mehr als 20 000 Stimmen und da der Wahlkreis nur 40 000 Wahlberechtigte zählt, so ist also mindestens die Hälfte der Wählerschaft polnisch.

War also der Sieg der Polen nicht zu verhindern, so ist es doch höchst bedauerlich, daß die Stimmen für die beiden deutschen Bewerber, die Kandidaten der Reichspartei und des Zentrums zurückgegangen sind. Wir sind der Ansicht, daß in den Gebieten mit starker polnischer Bevölkerung, also in Oberschlesien, Posen und Westpreußen, die deutschen Wähler bis zum letzten Mann auch in allen denjenigen Wahlkreisen an die Wahlurne treten sollten, wo ein Sieg von vornherein ausgeschlossen ist. Sie sollten sich das Verhalten der Polen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zum Muster nehmen. Dort wissen die Polen ja ganz genau, daß die Wahl ihrer Kandidaten ausgeschlossen ist, trotzdem bringen sie soviel Wähler als nur möglich an die Wahlurne, um ihre Macht zu zeigen.

Ist das Resultat der Wahl in Biesch-Rybnik für das Deutschtum überhaupt wenig erregend, so ist es für das Zentrum geradezu blamabel. Bis zum Jahre 1903 war der Wahlkreis in unbedingtem Besitz dieser Partei. Im Jahre 1903 stand der Zentrumsbewerber in der Hauptwahl dem polnischen Kandidaten nur um 2500 Stimmen nach und siegte dann dank der Unterstützung der deutschen nationalen Wähler im zweiten Wahlgange. Bei der allgemeinen Wahl vom 25. Januar 1907 aber und ebenso jetzt bei der Erstagwahl kam der Zentrumskandidat an die letzte Stelle unter den drei bürgerlichen Bewerbern. Er erhielt ganz erheblich weniger Stimmen als der antiklerikale deutschnationale Bewerber. Dies ist um so beachtenswerter, als der Wahlkreis zu 93 Prozent katholisch ist. Da der Wahlkreis 40 000 Wahlberechtigte zählt, so können die 7 Prozent nichtkatholischer Wähler, auch wenn sie sich Mann für Mann an der Wahl beteiligten, doch höchstens 2800 Stimmen in die Wahlurne werfen. Nun erhielt der deutsch-nationale Kandidat bei den letzten allgemeinen Wahlen weit über 6000 Stimmen und bei der so lauen Wahlbeteiligung bei der Erstagwahl immer noch über 3000. Es ist mithin ziffernmäßig nachweisbar, daß Tausende deutscher Katholiken lieber für den deutschnationalen Bewerber als für den Zentrumskandidaten gestimmt haben. Ueberhaupt ist diese Wahl eine seltsame Illustration zu der Behauptung der Zentrumspartei, daß sie die alleinige und wahre Vertreterin des Volkes sei. In diesem zu 93 Prozent katholischen Wahlkreise haben bei der Erstagwahl noch nicht 8 vSt. dem Wahlberechtigten dem Zentrumskandidaten ihre Stimme gegeben, obwohl dieser Bewerber ein katholischer Pfarrer war. Bald nach den letzten allgemeinen Wahlen, bei denen bekanntlich das Zentrum von den ober-schlesischen Polen

mehrere empfindliche Dörzeigen erhalten hatte, wußten Zentrumsblätter von einer bevorstehenden Verständigung zwischen dem Zentrum und den Polen zu berichten. Die Erstagwahl in Biesch zeigt, daß die Polen nicht die mindeste Lust haben, bei den Reichstagswahlen auf ihre aggressive Tätigkeit zu verzichten. Zu einer Verständigung bei den Landtagswahlen wären die Polen freilich geneigt, da sie hauptsächlich die Arbeiterschaft vertreten und deswegen wenig Rücksicht haben, bei dem preussischen Dreiklassenwahlsystem aus eigener Kraft ober-schlesische Landtagsmandate zu erobern. Wenn sie also auf dem Wege des Kompromisses mit dem Zentrum einige Landtagsmandate erlangen, so können sie freilich zu dieser Art der Versöhnung mit dem Zentrum ohne weiteres bereit sein.

Die Aussöhnung des Zentrums mit den Polen würde also auf Kosten des Deutschtums erfolgen. Wir haben oben nachgemessen, daß schon jetzt Tausende deutscher Katholiken von der antinationalen Haltung des Zentrums in der Polenfrage nichts wissen wollen. Würde das Zentrum nun gar noch bei den im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen den Polen einige Mandate in den Schoß werfen, so würde diese landesverräterische Haltung die Ablehr nationalgesinnter katholischer Wähler vom Zentrum beschleunigen. Ein Kompromiß mit den Polen also würde letzten Endes nicht nur auf eine Schwächung des Deutschtums, sondern auch auf eine Schwächung des Zentrums hinauslaufen. Eine Verringerung der Zustände in Oberschlesien aber ist nur dann möglich, wenn die deutsche Wählerschaft, einerlei ob evangelischer, katholischer oder mosaischer Konfession, einmütig zusammenhält. Hier handelt es sich nicht um konfessionelle, sondern um nationale Streitigkeiten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 29. Januar 1908.

Der Vorstand der liberalen Frauenpartei

erläßt zur Wahlrechtsreform in Preußen folgende Kundgebung:

1. Die liberale Frauenpartei fordert das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen zum Landtage, denn sie sieht in diesem Recht das sichere Fundament eines modernen Staates, der allein auf der verbindlichen Eingebung aller seiner Bürger ruhen kann.
2. Die Partei erkennt, daß a) bei dem Mangel der Regierung und der Konstituierenden, b) der gänzlichen Unzulänglichkeit des Zentrums, c) der Herabsetzung der Liberalen der Sieg auf diesem Gebiete nur in jahrelanger, zäher Reformarbeit zu erreichen ist.
3. Die Partei wird daher a) an der Agitation für das allgemeine Wahlrecht sich energisch beteiligen, b) bei den Landtagswahlen nur die liberalen Kandidaten unterstützen, welche sich zu der prinzipiellen Forderung des allgemeinen, gleichen geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen für Preußen bekennen und sich verpflichten, für Einführung der geheimen Wahl und für eine gerechte Verteilung der Wahlkreise im Landtage zu wirken.

Die „Nat. Lib. Korresp.“ erledigt diese gutgemeinte Resolution mit folgenden Worten:

Obstbäume genommen werden. Sie sind direkt zu verbrennen, weshalb sich auch die Vorarbeit dieser Arbeit bei trockenem Wetter empfiehlt.

Beim Bezug von Propagierern muß auf folgendes noch weit mehr Wert gelegt werden: 1. Die Reiser sollen gesund, kräftig, also auch gut reif sein. 2. Sie müssen Laub- und keine Blütenknospen besitzen. 3. Die Reiser sind früh anzuheben oder möglichst kurz vor der Verwendung zu schneiden, damit sie nicht etwas schrumpfen. 4. Man verlange Garantie für Sortenreinheit. 5. Die Anstehung soll nicht in zu stark gebündeltem Zustande erfolgen.

Die Praxistage, welcher unsere Obstbäume während und kurz vor der Blüte viel ausgesetzt sind, läßt sich bis zum gewissen Grade dadurch verhüten, oder mildern, daß man die Blüte selbst möglichst zurückhält. Wenn im Februar und März ausnahmsweise anhaltende kalte Witterung herrscht, so wird durch die Bestäubung des Erdbereichs und der Stämme die Säftzirkulation vorwärts angesetzt. Man wird darum die Baumhöhlen zur Abhaltung der Wärme mit einer Mist- oder Laubdecke beschütten, wie es bei frisch gepflanzten Bäumen schon im Herbst zu geschehen pflegt. Auch das Anfallen der Stämme und Kräfte ist jetzt noch mit Erfolg anzubanden.

Für Weiterkultur bestimmte Gemüße dürfen nie zu dicht gepflanzt werden, damit die jungen aufstehenden Pflänzchen unter Umständen — wenn beispielsweise das Vertiefen (Mähen) wegen Mangel an Raum oder Zeit nicht möglich erfolgen kann — etwas länger auf dem Sauboden stehen bleiben können. Eine dünne Laubdecke verhindert dann das vorgeitige Laug- und Schnäbnerden der Pflanzen.

Bei der zweijährigen Kultur der Schwarzwurzeln erhält man wohl härtere und größere Wurzeln, doch können diese einen Vergleich mit den in einem Jahre gewonnenen — was Qualität anbetrifft — nicht aushalten. Die

Wir fürchten: der sehr geschätzte Vorstand der liberalen Frauenpartei hat die hinter ihm stehende Damenschar mit diesem Beschluß zur Untätigkeit verdammt. Denn Kandidaten, die sich nicht zufrieden geben, bis auch den Frauen in Preußen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht bewilligt ist, werden die Angehörigen der liberalen Frauenpartei innerhalb der bürgerlichen Parteien vorerst wohl mit der Laterna suchen müssen. Die paar, die sich — höchst theoretisch — für so extravagante Forderungen begeistern, sind „Sänger vor den Toren“. Herren, die sich mit Erfolg aus sämtlichen Parteien herausgehoben haben oder die dank den nämlichen Methoden nie in sie hineingelangt sind.

Polnischer Sauherdenton.

Zu dem Frauenmangel in den deutsch-afrikanischen Kolonien schreibt der „Dziennik Kujawski“ wörtlich:

Wir empfehlen den Preußen, nach Afrika ihre überflüssigen, gefühlvollen Landmännchen aus den Berliner Restaurants mit den roten Laternen zu entsenden, obwohl es den preussischen „Afrikanern“ wahrlich nicht schaden könnte, wenn sie sich schwarze Schönheiten zu Lebensgefährtinnen wählen würden, natürlich wenn diese darauf eingehen. Es ist ja bekannt, daß es selbst den schwarzen Bewohnern Afrikas vor der herkömmlichen preussischen „Kultur“ eilt. Jedenfalls wäre den Preußen eine Kreuzung und Vermischung mit ihren schwarzen Landmännchen im Interesse der Veredelung ihrer Rasse sehr zu empfehlen. Vielleicht würde diese dann nicht mehr kalter- und naturwidrige kalte Luft über hervorbringen, welche Preußen zur Schmach des 20. Jahrhunderts und zum Gespött der ganzen Welt machen.“

Der Heine Butausbruch kommt gerade zurecht, um das preussische Herrenhaus zu möglichst glatter und unveränderter Annahme des Enteignungsprojektes zu veranlassen.

In der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft

scheint es noch immer zu trübeln. Von dem offiziellen Organ der freisinnigen Vereinigung ist zwar neuerdings behauptet worden: die Einigkeit sei größer denn je, und tatsächlich hat, was man bei der Erörterung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Reichstage hörte, dem nicht eigentlich widersprochen. Daneben aber gibt eine immerwährende Versammlungstätigkeit von Angehörigen der freisinnigen Vereinigung, hier und da auch eine gerühmte Agitation in der Presse, die die Richtlinie, die damals die drei Redner der Fraktionsgemeinschaft einleiteten, grundsätzlich mißachtet. Natürlich schallt es aus dem Wald dann wieder so herauf, wie man in ihn hineinruft und immer häufiger, immer stärker, immer schärfer begegnet man in den Wäldern der freisinnigen Volkspartei dem Rat: die Differenzierenden sollten, wenn sie doch nicht sich einsagen könnten, Gut und Rauberstab nehmen und sich statt der nicht bestehenden Gesellschaft eine andere suchen. Wir möchten vermuten, daß die Entwicklung in nicht gar zu langer Frist diesen Weg auch gehen wird. Es ist nun einmal das Geschick aller liberalen Parteien, daß an ihrem Ende das Auseinandergehen steht. Ohne Frage ist als Gesamtergebnis der deutsche Liberalismus kühler, nüchterner, sozusagen mehr realpolitisch geworden. Aber der Eigensinn der Nichtsozialtheoretiker ist darum leider noch nicht ganz ausgerottet. Das Gute ist nur, daß ihre Reiben sich doch sehr verdünnt haben. Es sind schließlich immer dieselben Deutschen, die als Referenten und Diskussionsredner heute in Rixdorf

Praktische Winke für den Gartenbesitzer und Pflanzenfreund.

(Februar.)

Um von besonders schönen Edelbäumen, die einer Vermehrung wert sind, rechtzeitig junge Triebe zu Stecklingen zu erhalten, wird man jetzt einige ältere Knollen in Töpfe pflanzen u. an möglich hellem Standort anstreiben, um etwa im März die jungen Triebe an der Basis abzutrennen und zu Stecklingen zu verwenden.

An den Knollenzugaben zeigen sich um diese Zeit die ersten Ausläufe neuer Triebe und kann man nicht, die Knollen, welche bekanntlich während des Winters ruhen, in frische Erde zu pflanzen. Man nehme eine sandige Laub- oder Heideerde unter Zusatz von guter verrotteter Mistbeerde, welche, der Größe der Knollen entsprechende Töpfe sind zu wählen und bei anfangs geringem Gießen erhalten die Töpfe einen Platz nahe dem Licht. Später sind die Pflanzen an mehr halbschattigen Stellen zu halten.

Unsere Alpenweiden sind nach der Kälte sehr vorzüglich mit dem Gießen zu behandeln, da das Nahrungsmittel infolge allmählichen Eingehens (Eingehens) der Pflanze, ein geringeres wird.

Immergrüne Topfgewächse, wie Conyza, Aucuba, Viburnum Tinus etc., treiben, wenn nicht genügend gelüftet, oft vorzeitig aus, wodurch Form und Ansehen der Pflanze benachteiligt werden. Diese Erscheinung stellt sich ein, wenn die Pflanzen während des Winters wärmer stehen, als ihnen zuzusetzt. 5 bis 8 Grad Celsius sind vollkommen ausreichend. Ist bereits begonnene Triebe, kann noch durch Abkühlen (bei rechtzeitiger Bemerkung) zurückgehalten werden.

Rechtzeitig nach der Frühlingserwachen sollen die Kiefernadeln bzw. Nadeln abfallen von den Stämmen der

und morgen in Charlottenburg, am dritten Tage irgendwo in Pommern und dann wieder in Magdeburg auftauchen. Ein kleines Häuflein, dem die Agitation Lebensberuf ist. Männer, die daneben noch etwas anderes zu tun haben und denen der Blick für die Wirklichkeiten des Lebens nicht abhandeln kam, werden kaum geneigt sein, den Verfolgenden in das Brodland zu folgen oder nach der glücklichen Insel Utopia, wo der Sozi sich dem Bürgerlichen verbündet. Darum wird eine neue Exzeption, wenn es zu ihr kommt, auch kaum irgendwelche tiefer greifenden Wirkungen haben. Höchstens wird sie die Aktionsfähigkeit der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft erhöhen. Denn selbst von den acht Mitgliedern der Freimüthigen Vereinigung, die neulich für das „unzweideutige Misstrauensvotum“ für den Fürsten Hilow gestimmt haben sollen, werden wahrscheinlich alle auch zum Bruch bereit sein. Herr Naumann z. B. anscheinend nicht. Denn der hat doch noch vor acht Tagen einen Artikel publiziert, in dem er, wenn wir ihn recht verstanden, sich gegen eine Abänderung des Votums ausspricht.

Deutsches Reich.

— (Eine ungaratene Familie) in sozialdemokratischem Sinn sind die beiden Ulrich, Vater und Sohn, in Offenbach. Der Vater als „Hölgänger“ über berüchtigt und der Sohn vollends ein „Altrümpfer“. In einer liberalen Wählervereinsammlung in Frankfurt am Main hat nämlich „Genosse“ Ulrich jun. dem Bericht der Frankfurter „Vollstimme“ zufolge am vergangenen Freitag angeführt, es sei gut, daß der Liberalismus sich der Arbeiterkraft annehme, denn die Sozialdemokratie sei nicht geeignet, Arbeiterinteressen zu vertreten. Ihre Mitglieder seien keine selbständigen Politiker, sondern Zwangsmitglieder. Auch verübe sie in den Fabriken greulichen Terrorismus um.

— (Ueber den Gesundheitszustand von Bebel) waren in Berlin demnächstige Gerichte verbreitet. Es hieß, der Parteiführer sei stark herzleidend und könne vorläufig kein parlamentarisches Leben nicht die volle Kraft widmen. Wie das „Berl. Tagebl.“ feststellt hat, handelt es sich indes durchaus nicht um ein ernsthaftes Leiden. Allerdings hat Bebel seit etwa einem Jahre hin und wieder Herzbeschwerden gehabt. Bei seinem hohen Alter muß er sich überdies beim Sprechen Schonung auferlegen, so daß er große Parlamentsreden wohl nicht mehr wird halten können. Die übertriebenen Gerüchte über den schlechten Gesundheitszustand des Abgeordneten sind aber vermutlich nur dadurch entstanden, daß Bebel eine Agitationstour durch Amerika, um die er gebeten war, und die er zuerst auch zugesagt hatte, jetzt absagen ließ, da er sich gerade den Anstrengungen einer solchen Reise doch nicht mehr gewachsen fühlte. Abgeordneter Bebel hat schon wieder an einer Fraktionsjournale teilgenommen.

Rundschau im Auslande.

Reise des Jarenpaars nach dem Süden.

In rassistischen Hoffnungen wird behauptet, daß das Jarenpaar im Frühjahr eine Reise nach dem Süden unternommen wird, jedoch wird behauptet, daß nicht der Süden Rußlands gemeint sei, sondern daß vielmehr Italien das Ziel der Reise sein werde. Die Frage der Erwidmung des Besuchs, den König Viktor Emanuel vor einigen Jahren dem Jaren in Petersburg abgestattet hat, steht bekanntlich schon lange auf der Tagesordnung. Einen Besuch des Jaren in Rom wollen die dortigen Sozialisten auch jetzt noch durch Demonstrationen verhindern. Man scheint nun die Frage so lösen zu wollen, daß die Monarchenbegabung an einem kleineren Orte stattfinden. Sowohl der Kaiser als die Kaiserin haben, wie man weiß, seit dem Jahre 1903 nicht mehr im Auslande gewohnt. In jenem Jahre war der Jare in Volksgarten mit dem Deutschen Kaiser und in Würzburg mit dem Kaiser Franz Josef zusammengetroffen.

Badische Politik.

Zur Hebe Bodmans

Wollen wir noch das Urteil der „Krenz-Ztg.“ anführen. Ueber die Kampfanlage Bodmans an die Sozialdemokratie schreibt das konservativste Hauptorgan: Eine durchaus loyale Haltung will der neue badische Minister des Innern, Herr v. Bodman, gegenüber der Sozialdemokratie selbst begünstigt wird. Als Erde für die Fällung des Topfes, welcher mit der Oberfläche des Bodens abschließen soll, wähle man Gortenerde mit Kompost untermischt. Der Topf wird nach dem Einlegen der Erde mit kurzem Dung oder Laub (wobei gleichzeitige Beschäftigung) abgedeckt und letztere auf zwei kräftige Äugen zurückgeschoben und die sich bildenden zwei Triebe im Laufe des Sommers angebanden. Meistens bewurzelt sich die Rebe schon bis zum Herbst, so daß man sie als selbständige Pflanze unterhalb des Topfes abtrennen kann.

Buntes Feuilleton.

— Eine lebende Modenschau. In London wird dieser Tage eine Modenschau eröffnet, die über besondere Anziehungskraft durch eine Vorbereitung erhalten soll. Durch sie soll den eleganten Damen die beste Art und Weise anschaulich gemacht werden, auf die man alle Moden und Handreichungen der Toilette durchmacht. Ein Raum der Ausdehnung ist als elegantes Boubois eingerichtet mit einem Toilettenstuhl, der alle nur erdenklichen Verleuge und Netze enthielt, die zum Ankleiden notwendig sind. Die Vorbereitung wird natürlich nur von Damen stattfinden. Zwei Mal am Tage werden hier drei oder vier Damen an sich den großen Prozeß einer Toilette vornehmen lassen. Sie kommen vom Bad und übergeben sich dem Modenschau, die sie zu einer bestimmten Gelegenheit anziehen. Eine Dame macht ihre Toilette für eine Vorlesung bei Hofe, eine andere für einen Jagdausflug, die dritte für einen Ball, die vierte für eine Spazierfahrt. Jede dieser Toiletten geht in beschriebener Weise vor sich. Französische Ankleidefrauen, die in allen Handreichungen und Binsen erfahren sind, sind engagiert und werden die praktischen und bewährte Form des Ankleidens vorführen. Besonders Beachtung verdienen, wenn die ganze Ankleidekunst über sich, die Toilette durch eine künstlerisch ausgeführte Darstellung der beschriebenen Damen der englischen Gesellschaft, darunter eine Grafen, haben sie bereit erklärt, diese Vorgänge des fashionable Ankleidens an sich vornehmen zu lassen. Die Zuschauerinnen sitzen um das Boubois herum und haben ausgiebige Gelegenheit, modische Damen in den interessantesten Einzelheiten

einnehmen. Wie er im badischen Landtage erklärte, sei zwar die bürgerliche Gleichberechtigung der Sozialdemokraten anerkannt, doch dürfen sie nicht Staatsbeamte werden. Die Sozialdemokratie habe wiederholt ihre republikanische Gesinnung bekundet, zuletzt, als Radens großer Tage auf der Waise lag. Auch verfolge die Sozialdemokratie Interessen, die mit denen des Auslandes harmonierten.

Selbst in sozialdemokratischen Kreisen wird die vollständige Berechtigung dieser Gründe nicht bestritten werden können. Nur das „Berliner Tageblatt“ läßt daran zu zweifeln und meint, die badische Regierung wolle in unorthodoxem Gegenstand zu ihrer Vorgängerin nach Berliner Rezept vorgehen. Für diejenigen freimüthigen Parteipolitiker, die auf ein Bündnis mit der Sozialdemokratie hinarbeiten, ist jeder, der ihr gegenüber eine wäuliche Scheidung herbeizuführen sucht, von vornherein reaktionär. Mit dieser Bezeichnung werden auch diejenigen freimüthigen bedacht, die nicht genügt sind, den Gewissen nachzulassen.

Aus Stadt und Land.

Manheim, 29. Januar 1908.

Auf das Glückwunschtelegramm an den Kaiser ist folgende Dankantwort eingelaufen:

W. z. L. n. 28. Jan. 1908.
Herrn Oberbürgermeister Dr. P. v. Mannheim.
Seine Majestät der Kaiser und Königin haben die freundlichen Glückwünsche der Hauptstadt Mannheim mit Freuden entgegengenommen und lassen vielmals danken.
Auf Allerhöchsten Befehl
Der Geheimere Kabinettsrat
von Vucanus.

Die Sonntagstraße. Das Präsidium des Landesverbandes der bad. Gewerbe- und Handwerkervereinigungen wird die gegen weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit gerichteten Bestrebungen unterstützen.

Zur letzten Bürgerauswahlsitzung. Herr Oberbürgermeister Dr. P. v. Mannheim hat in der letzten Sitzung der Bürgerauswahlsitzung bei der Vorlage der Dienstverhältnisse der außerhalb des Gehaltsstands stehenden Beamten" folgendes ausgesprochen: Ich fühle mich verpflichtet, zu der Vorlage „Dienstverhältnisse der außerhalb des Gehaltsstands stehenden Beamten" einige Bemerkungen zu machen, die die Stellungnahme des Stadtrats nicht eine völlig einmütige war. Eine — allerdings nicht große — Minderheit des Stadtrats stimmt der Vorlage nicht zu, weil sie dieselbe nicht im Einklange mit den Grundzügen der Gerechtigkeit und Billigkeit hält. Wenn nun aufgrund der unerwarteten Ueberzeugung des Bürgerausschusses wegen der allgemein hohen Preissteigerung aller Lebensmittel und Wohnungspreise eine Prozentige Aufbesserung gewährt wurde, worin liegt die Berechtigung, bei einer kleinen Anzahl von Beamten Halt zu machen und anzunehmen, daß hier eine Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht eingetreten sei? Ist diese Preissteigerung nicht auch ebenso fühlbar und empfindlich für die Beamten mit höherer Bezahlung? Es tritt doch durch diese Steigerung ungewissheit eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage dieser höheren Beamten ein, da ihre für geringere Lebensmittelpreise berechneten Begehungen für die höheren Preise heute nicht mehr ausreichen und die ihnen von der Stadt durch die Beibehaltung der gewährleisteten besseren Lebenshaltung, der höhere Aufwand für Kindererziehung, für Knechtel und Teilnahme an höheren Kulturgenüssen beiträgt. Diese ausnahmsweise Schlechterstellung einer kleinen Zahl von Beamten, die in leitender Stellung sich befinden und an die in Bezug auf Tüchtigkeit, Fleiß und Umfiht die höchsten Anforderungen gestellt werden, erscheint nicht begründet angesichts der Erwägung, daß allen übrigen städtischen und nicht städtischen Beamten ohne Ausnahme eine Erhöhung zu Teil wurde, obgleich sich unter denselben ein nicht unbeträchtlicher Teil befindet, die weder durch besondere Tüchtigkeit, noch durch Fleiß eine solche Verbesserung ihrer Verhältnisse verdient haben. Die dadurch unerwünschte Erzeugung einer tiefgehenden Verteilung unter den leitenden Beamten, die auch in einer Reihe von Eingaben aus den letzten Tagen ihren Ausdruck findet, erscheint auch finanziell ungerechtfertigt, da eine Gleichstellung mit allen übrigen Beamten bei den meisten nur unbedeutende Mehrbeträgen und zwar von 20 Mark bei 5 Beamten, 85 Mark bei 65 Mark bei je 1 Beamten, 240 Mark bei 2 Beamten und 270 Mark bei 1 Beamten per Jahr und im Ganzen nur ein Plus von 3915 Mark erfordert — also eine ganz verschwindende Summe gegenüber dem Gesamteinkommen von 882.200 Mark für die Aufbesserung der Gehalte und Löhne erfordert hätte. Sodann beruht es in manchen Fällen auf einem reinen Zufalle, ob ein Beamter der Prozentigen Aufbesserung teilhaftig wird oder nicht. Denn mancher Beamte in der Tarifklasse A bezieht eine höhere Bezahlung, als einzelne außerhalb des Tariffs stehende Beamte und wird der Aufbesserung teilhaftig; der mit der geringeren Bezahlung aber nicht, weil er zufällig außerhalb des Tariffs

steht. Auch der Staat hat bei seiner kürzlich den Ständekammern unterbreiteten Gehaltsvorlage keine — namentlich auch die höher bezahlten Beamten — nicht von der Aufbesserung ausgeschlossen, sondern vom Staatsminister abwärts Befehlungen, Beförderungen in Antrag gebracht.

Städtische Massenbälle im Hofgarten. Die Karten zu den Rosenbällen für den ersten bürgerlichen Massenball können am Donnerstag, den 30. d. M., in den Stunden von 11 bis 12 Uhr bis abends 6 Uhr an der Kasse im Hofgarten in Empfang genommen werden. Ueber die bis 6 Uhr nicht abgeholteten Karten wird anderweitig verfügt werden.

Handelsbuchführung. Eingetretener Hindernisse wegen mußte die öffentliche Vorlesung des Herrn Professors Solomon über „Einleitung in die Geologie“ vom Dienstag Abend auf nächsten Samstag, 1. Februar, verlegt werden. (Siehe Anzeiger.)

Liberaler Arbeiterverein Mannheim. Der Beginn der neuen Karte ist erst auf Montag, d. 3. Februar, festgesetzt, nicht, wie gestern mitgeteilt wurde, heute Mittwoch, 29. d. M. Die Teilnehmer an dem Kursus werden ersucht, am Montag Abend pünktlich zu erscheinen. Anmeldungen werden im Lokal entgegen genommen.

In der letzten Vorstandssitzung des Altertumsvereins wurde über den prähistorischen Großfund berichtet, der vor kurzem im hiesigen Schlossgarten gemacht worden ist. Das gefundene Tongefäß aus der jüngeren Steinzeit ist als ein wertvolles und seltenes Stück zu bezeichnen. — Frau Gräfin Toffilo DeHellas in Neßthel, eine Cabellin der Großherzogin Stephanie, hat dem Verein verschiedene Gegenstände für das Stephanie-Kabinett des Stadtmuseum zum Geschenk gemacht. — Die Beisuchtsliste des Jahres 1907 ergibt, daß die vereinigten Sammlungen des Groß. Botanischen und Naturhistorischen Vereins im Schloß von 7320, das Stadtmuseum im genannten Jahre von 21404 Personen besucht waren. — Der Vorstand bezeichnet es als wünschenswert, daß die Nummern anderer Bezirke und zwar zunächst der Gemarkung Mannheim gesammelt und wissenschaftlich bearbeitet werden.

Im Verein für Volkshilfe hält heute (Mittwoch) Abend halb 9 Uhr Herr Universitätsprofessor Dr. Schwalbe einen Lichtbildvortrag über „Walterien und Krankheiten“. Lokal: Rathhausaal. Eintritt frei.

Ueber Organisations- und Standesfragen der Handlungsgehilfen sprach gestern Abend Herr Dr. Effen-Hausburg in einem vom Verein für Handlungs-Commis von 1888 einberufenen öffentlichen Vortragabend im Berufskaufhaus. Auch den mit einem Auktionsbuch verbundenen Vortragsworten des Vortragenden, Herrn J. Steffens, ergreift der Referent, Geschäftsführer des Vereins von 1888, das Wort. Einzelne Kreise er die moderne unperfektere Form kapitalistischer Erwerbseinglieder in Form von Gesellschaften und Genossenschaften und das besonders hohe Gehaltsverhältnis der Angestellten gegenüber den Unternehmern im Handel. In den Kreisen der Handlungsgehilfen hat sich daher eine brennende soziale Frage gebildet, welche man zunächst durch die organisierte Selbsthilfe zu lösen begann, so etwa durch die Stellenvermittlung, welche freilich die verderbliche häufige Stellungslosigkeit wenig beheben konnte. Das Recht auf Arbeit vermag heute aber auch der Staat nicht zu geben. Aber kommen kann er dieser Forderung jedoch durch verständige Sozialpolitik. Die Berufsorganisationen haben bisher viel Gutes geleistet, doch darf durch sie nicht das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl geschwächt werden. Die Handlungsgehilfen und technischen Angestellten müssen sich als Mitglieder zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft, als soziale Vermittler eine unabhängige Stellung zu schaffen suchen. Eine Verschmelzung der verschiedenen kaufmännischen Berufsvereine ist zur Erreichung der erstrebten Ziele insofern keineswegs nötig und nützlich, schon aus Gründen des freien Wettbewerbs nicht. Nur sollten alle Vereine die erforderliche Toleranz gegen die eigenen Kreise wie gegen die Prinzipale haben. Rücksicht ging dann auf die einzelnen Standesfragen über. Zunächst besprach er die Kündigungspolitik, die auf einen Monat allgemein festzusetzen sei, und die Probezeit, die auch gesetzlich genauer geregelt werden sollte. Wünschenswert ist eine einheitliche Gehaltsregelung in Krankheitsfällen, deren Unklarheit durch die Ausfassung des § 83 H. G. B. nächsten im Reichstage beseitigt werden soll, weiter eine feste Bestimmung über die Ausstellung eines Zeugnisses sofort am Kündigungsbeleg, die Gewährung des Monatsgehalts auch an die technischen Angestellten, ferner eine Schutzvorsicht über die Durchführung der Schutzvorschriften, etwa durch eigene Handlungsinpektion und endlich Erzielung einer einheitlichen Norm in der Arbeitszeit, und zwar weniger in Bezug auf Festlegung des gesetzlichen Normalarbeitstages, aber der englichen Arbeitszeit, sondern in Bezug auf die Sonntagruhe, die in Mittelstädten durchgehend und ausnahmslos zu fordern

Dem kalten Leben hat der Verstorbenen auf der Jagd zugebracht. Jumein war er Jagdgast des Kaisers von Oesterreich in Steiermark und Ungarn. Als trefflicher Schütze war er in der Jagdwelt bekannt. Im Jahre 1903 erlegte er den 1000ften Fuchsen, und die Zahl der von ihm zur Strecke gebrachten Gänse und Ganses übersteigt weit die 1000. Seine Jagdtrophäen birgt das Schloß Schladnauer bei Malbör, in welchem der Großherzog in früheren Jahren öfters Sommeraufenthalte nahm. Die Entpögen und Bekleidungsstücke einer Jagdausstattung waren ihm kein Hindernis; er schätzte im Gegenteil nur diejenigen Jäger, die solche Schwierigkeiten nicht scheuten. Bei einer Mäule von 18 bis 20 Grad gab es in der Hochgebirgsgegend mit kalten Anien, und wie nicht desgleichen ist, wurde von ihm häufig als „Sonntagjäger“ bezeichnet. Mit dem verstorbenen Kronprinzen Rudolf von Oesterreich war der Großherzog oft auf der Jagd. In den habsburgischen Kreisen jagte er mit dem Kronprinzen auf Wägen. Auch eine Besse nach Palästina und Ägypten unternahm die beiden fürstlichen Jäger gemeinschaftlich. Ihre Jagderlebnisse hat Herr der Großherzog ein wunderbares Gedächtnis und konnte oft noch nach Jahren Datum und Ort bestimmter Vorfälle haarklein angeben. Seiner ausgeprägten Unterhaltungsgabe in weibmännlicher Beziehung verdankt er nicht ganz geringen Teile seine Weltbekanntheit bei Kaiser Franz Josef, sowie unter seinen Jagdgästen. Der Großherzog war auch ein ausgezeichneter Rodolauer von Rerkmannern. Bei einer Jagd in Weißbühl erlegte er den Schweiß eines brünftigen Gänse nach und im nächsten Augenblick schlug Inapp neben seinem Kopf eine Angel in einen Baum. Ein „Kuh-Jäger“ war so glücklich gewesen, in der Richtung des Schreies zu kommen, ohne den vermeintlichen Gänse zu sehen. In seinen eigenen Modellen in Salzburgerischen hat der Großherzog selbst wenig gejagt. Einmal war Kaiser Franz Josef doch sein Jagdgast und brachte zwei Ganses zur Strecke. Die großherzoglichen Jagdwägen in Salzburg sind dabei sehr mächtig und wohlgepflegt. Für den Jagdbetrieb sind 14 Jäger und 11 Förster angestellt. Die buchstäbliche Jahreszähl beträgt etwa 40 Gänse und 100 Ganses. Die jährliche Instandhaltung der Jagden beansprucht eine Summe von 66 000 Kr. Der Großherzog kommt sich mit neuen Entwürfen der Gegend nicht befassen und ließ ihn zuletzt bei seinen alten Jagdwaffen.

Journalistenaas. In einem Wäusel, den Hugo Wittmann in der „Neuen Freien Presse“ seinem Freunde Edward Bader, dem kürzlich verstorbenen Leiter des genannten Blattes, widmet, findet sich folgende Stelle über Journalisten: Das ist so Journalistenaas, und das macht diesen Stand zu einer gütig genug gearbeiteten Schule der Enttäugung. Ein eiser Tropf kommt hier selten auf seine Rechnung. Wer es nicht, seinen Namen von Mund zu Mund schallen zu hören, würde ein anderes Handwerk. Vom gelingenden Kundenstand ist die Welt gierig zu wissen, wie er heißt, und die Jäger des schweißigen Abgeordneten, des besten Ministerkandidaten, des allmächtigen Reichstages gilt ihre als heiliges Heilig. Für den Journalisten interessiert sie sich ganz und gar nicht, am wenigsten für seine Person. Der soll schreiben, gut schreiben, anspitzt und schreiben, aber mit dem Leben Sache berücksichtigen. Allenfalls unter dem Strich, da kann er manchmal ein bißchen Kuhn machen, da pflegt man nach dem Schlußpunkt einen Namen zu setzen oder eine Namensschiffe. Wenn derselbe Journalistische Versuch, der dies gelüht oder gar fordert, bald kleineres Erkennungszeichen unter den Besitzern. Schreiben hat sie der gewisse Herr Niemand, der allabendlich sein Tagebuch beginnt und durch die ganze Nacht sich abquält, damit am folgenden Morgen das Publikum, der gute Zimmermann, neben dem leblichen sein geistiges Kräftefeld bereit finde. Ja, das ist Journalistenaas, und der Journalist verlange kein besseres. Es ist gut, daß es wenigstens einen Stand gebe, der ohne Kuhn zu leben versteht, und daß dies gerade jener Stand sei, der den Kuhn ausstellen pflegt. Nicht auf Welt löst der Publikum durch die Welt fliegen, und auf keinem steht sein persönlicher Wert dergleichen. Sein Kuhn bleibt anonym, ein Kuhn ohne Adresse, eine Stimme ohne Namen, ein Vorber ohne Inkraft.

Der Großherzog von Tschan als Jäger. Einer der eifrigsten Jäger war — so heißt man der „Tagl Rundschau“ aus Gmunden — der in Salzburg dieser Tage verstorbenen Großherzog Ferdinand IV. von Tschan. Dem Weidwerk widmete er sein Hauptinteresse, und als er durch eine Erkrankung der unteren Gliedmaßen an den Kräftefeld gequält wurde, ließ er sich wenigstens die Schutzhosen seiner Jagdgäste vorlesen und Journalisten sie sehr genau

ist und den 8 Uhr-Beschluß, der vielfach von den Geschäftleuten selbst verlangt wird. Bei Konkurrenzkauf bemerkt der Redner, daß deren Geltungsdauer, Umfang und Berechtigung noch bedeutend einzuschränken sei, so z. B. wenn die Entlassung infolge ungünstiger Wirtschaftslage erfolgen müßte. Die stiftliche Begünstigung der Konkurrenzkauf sei vom ehemaligen Oberhandelsgerichte bestritten u. die praktische Berechtigung durch neue Umfragen nicht erwiehen worden. Eine weitere Forderung der Handlungsbefreiung ist die Schaffung autoritativer Berufsvortretungen, als maßgebliche Rechtsfaktoren. Schließlich wurde der Frankfurter Beschluß der Mehrheit der Privatangestelltenorganisationen in der Frage der Kranken- und Invaliditätsversicherung erörtert, der hoffentlich, wenn auch in etwas geänderter Form in absehbarer Zeit Gesetzkraft erlangen wird. Die freien Hilfskassen sind jetzt gesetzlich bürokratisch ziemlich eingezwängt worden. Unbedingt erforderlich ist die Sicherung des Bestandes der Hilfskassen im Falle des Konkurses etwa durch ihre rechtliche Selbstständigkeit. Redner warnt endlich vor Verquickung der Mittelstandsorganisation mit dem Parteigetriebe. Der neue Mittelstand der Privatbeamten sollte den vollen erforderlichen Gehalt erhalten. Das Unternehmen dürfe jedenfalls nicht den Schwefel Herrenstandpunkt herausfordern. Ist es doch ganz auf die berufstreuende vertrauensvolle Mitarbeit der Angestellten angewiesen. Selbst in den kaufmännischen Organisationen, die den anderen als Muster gelten, ist noch viel auszubauen, und jeder einzelne hat hierbei mitzuwirken und zu werden. Jeder Stand hat seine Rechte, wie er Recht besitzt. Handelt man nach diesem Grundsatz, so werden die Streitigkeiten, dann wird unser Stand die gebührende Stellung erlangen. Einmaliger Beifall folgte der 13stündigen, gestrichelten Rede. Zur Disposition hatte sich in der 10 Minuten dauernden Pause niemand gemeldet, weshalb der Vorsitzende dankend den antragenden Vortragenden schloß.

Die Minderbewegung zu Gunsten der Abteilung VIII. des Frauenvereins (Sänglingsförderung) findet am Samstag den 8. und Sonntag den 9. Februar, jeweils nachmittags 4 Uhr, in der Versammlungshalle des Hofengartens statt. Nach dem uns vorliegenden Programm gelangen u. a. ein reichhaltiges Singpiel, ein Zupfenabend, eine die Gesellschaftern anleitende Märchenstunde „Sagenwälder“ zur Aufführung. Wer mehr, wie gewöhnlich, diese derartige Kindererziehungen zu verkaufen pflegen, wird es dankbar begrüßen, daß wir jetzt schon an dieser Stelle auf die Veranstaltung empfehlen aufmerksamer machen.

Verein für Feuerbehebung Rannheim-Ludwigshafen. Auf die morgen (Donnerstag) abend 8 Uhr im oberen Saal der Centralhalle, Q 2, 16, stattfindende diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung sei auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Da eine Abänderung der Satzung auf der Tagesordnung steht, dürfte sich ein recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder diesmal besonders empfehlen.

Der Verein der Mannheimer Birne beschloß in seiner gestern nachmittag im „Karpfen“ stattgefundenen sehr gut besuchten Versammlung einstimmig, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung der Bedürfnisfrage im Wirtschaftsberufe dieser Stadt einzutreten. Den Verhandlungen lag ein umfangreiches amtlich-wissenschaftliches Material zu Grunde, welches dem Beschloß der Versammlung zweifellos zum Erfolge verhelfen dürfte. — Auch wurde die Gründung einer Einkaufsgenossenschaft für die Vereinsmitglieder insoweit gefördert, als die Beratungen und naturliche Festlegung derselben eine sieben Mitglieder umfassende Kommission ernannt wurden.

Das diesjährige Programm im Anton-Theater, P. 6, 20, bietet jedem Besucher einen großen Genuß. Mit wemem Recht kann man behaupten, daß etwas Schöneres und Interessanteres auf dem Programm der Welt noch nie gesehen wurde. Jedes einzelne Bild ist ein Schlager und garantiert für einen vollständig zufriedenstellenden Besuch. Selbst der demütigste Besucher wird das Programm als erstklassig anerkennen. Die einzelnen Bilder sind aus dem Inneren im Mittelpunkt zu sehen. Ein empfehlenswerter, einen Besuch dieses außerordentlich schönen Programms nicht zu verpassen.

Kassentheater. In dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß der nächste bunte Abend mit neuem Programm heute Mittwoch abend 8 1/2 Uhr stattfindet. Donnerstag, 30. Jan., abend 8 1/2 Uhr, wird das Männe- und hübsche Lustspiel „Wenn man im Sausen liegt“ gegeben. Die Komödie „Mundverfälschung“ ist in Vorbereitung.

Die Rheinwasserreinigung Rhein-Mittr. Schon gestern beschloß die Rheinwasserreinigung Rhein-Mittr. am die Auffassung des Wasserwerks von dem. 215 bis 246 in einer Breite von 100 Meter, wodurch dieses Terrain industriellen Zwecken dienstbar gemacht werden könnte. Dieses Bestreben war jedoch seitens der Rhein-Mittr. (Samstag) aufgegeben worden in Karlsruhe 3, in Darmstadt 14, in Gießen a. L. 10, in Heilgenberg 18, in Jockhans 20, beim Feldbergerhof 20, in Mittel 25, in Bornhof 16, in Bernau 27, in Gersdorf 15, in Lützelshausen 25, in Neudamm 5, in St. Märgen 15, in Weidenbrunn 3, in Herrenheim 12, in Kaltenbrunn 6, in Strimpfshausen 4 und in Lützel 6 Zentimeter.

Die beiden inoffiziellen Wettbewerben liegen im Gauhauser Vorfeld N. 2050 (1) liegen.

Am Turnplatz der Ausstellung. Eine überörtliche Kontrollkommission während der Ausstellung zur Entlassung von zwei Billettereuen, welche in der geistigen Sachverständigenkommission vorgebilligt wurden. Am Turnplatz für Logenarten erschienen am 8. August zwei Offiziere und ein Zivilist und legten drei Kart für den Eintritt auf den Tisch. Das geschah so rasch, daß die drei Besucher bereits eingetreten waren, ehe die beiden Billettereuen sie an die Kasse verwiesen konnten. Da das Turnplatz nicht räumlich geist und auch die Zahlung bereits vollzogen war, ließen die Billettereuen drei Billette durch einen Dritten holen. Die drei Besucher hatten sich jedoch bereits entfernt und nun legten sie die Billette auf den Tisch des Turnplatzes. Ein Kontrolleur der Ausstellung traf die drei Herren ohne Karte und veranlaßte sie, zur Feststellung des Sachverhalts auf das Bureau zu kommen. Die beiden Billettereuen namens Adam Krafft und Karl Schauerhuber wurden sofort entlassen. Durch einen Zeugen waren sie gestern in der Lage, nachzuweisen, daß die drei Billette auf dem Tisch lagen und das Eintrittsgeld sich in der Ausstellungskasse befinden mußte. Sie wurden deshalb freigesprochen.

Solizeibericht vom 29. Januar.

Eine Vertriebsführung der Straßenbahn wurde gestern Vormittag 10 Uhr auf dem Zentrum dadurch verursacht, daß an einem mit 120 Personen leeren Wagen beladenen Wollbogen das rechte Vorderrad verunreinigt und dieser umfiel. Die Sätze fielen zum Teil auf den Vorderperson eines im selben Augenblick vorbeifahrenden Straßenbahnwagens und beschädigten

ten letzteren so, daß er außer Betrieb gesetzt werden mußte. Verleht wurde niemand.

Unaufgeklärte Diebstähle. In der Nacht vom 28.-27. d. Mts. nahlen Unbekannte aus einem Keller und Wirtschaftsbereich im Hause Meinfelderstraße 31: 18 Schachteln Zigaretten à 20 Stück in hellbrauner Packung mit der Aufschrift „Defestreicher Sport“, einen älteren schwarzen Lederkoffer mit schwarzem Samtfutter und schwarz und weiß kariertem Futter, ein graublaues älteres Lederkoffer mit hellfarbigem Futter.

Mittels Eindrucks wurde in der Nacht vom 5.-6. d. Mts. in der Wirtschaft „zum Kranz“ in Reiskirchen entwendet: ein fast neuer Lederkoffer aus grün kariertem Stoff und eine neue grün karierte Tasche (Wegtasche). Der Täter ist noch unermittelt.

Um schärfste Mitteilung an die Schuhmannschaft wegen Genbarmerie wird ersucht.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

2. Kammer. — 20. Sitzung.

Karlsruhe, 29. Januar.

Präsident Fehrenbach eröffnet 9 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr v. Dutsch, Minister des groß. Hauses Freiherr v. Marschall, Präsident des Finanzministeriums Geh. Rat Honsel, Präsident des Ministeriums des Innern Fehr. von und zu Rodmann.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen Finanzdebatte.

Eingelaufen sind Petitionen von 17 weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementar-Unterrichts-Gesetzes.

Abg. Dr. Oetinger (natl.):

Auch heute am 5. Tage wird die Debatte sich wiederholen zwischen den beiden Voten: allgemein politische Erörterungen und finanzielle Fragen. Es wäre gut, die Debatten zu teilen, und zwar am Anfang des Landtages eine allgemein politische Debatte abzuhalten, und die allgemeine Finanzdebatte an den Eingang der Budgetdebatte zu legen. Der Abg. Gieseler hat gegen die Erörterung der Fahrkartensteuer den Einspruch erregt, als ob das ganze Odium dieser Steuer auf uns abzuwälzen wäre. Richtig ist, daß der Vorschlag von einem Mitgliede der national-liberalen Fraktion gemacht worden ist, aber es haben diesem auch die Zentrumsdg. zugestimmt. Wichtig ist aber, daß das Zentrum im preussischen Abgeordnetenhaus eine Aktion abgelehnt hat, die gegen die Fahrkartensteuer gerichtet war. Wir, das Volkshaus, sind uns bei allen Anregungen, die wir machen und finanzielle Folgen haben, unserer Verantwortung bewußt. Der Finanzminister hat einen gewissen Eindruck gemacht, damit, daß die Ausgaben im Finanzgesetz erheblich höher seien als im Voranschlag. Aber diese Erhöhungen sind im größten Umfange auf die Nachtragskassen der Regierung zurückzuführen und nur in ganz bescheidenen Maße auf die Wünsche der Kammer. Der Finanzminister hat ausgeführt, daß die Finanzleiter mehr dem Bestimmismus huldigen müßten, um dem Egoismus der Abgeordneten die Dagschale zu halten. Es ist richtig, daß die Rolle des Anregens von Ausgaben bei der Kammer liegt, aber die Vergangeneheit und Gegenwart geben und doch recht, daß diese Anregungen völlig gerechtfertigt waren. Der Finanzminister hat sich ja selbst widersprechend geäußert, daß bereits ein neues Nachtragsbudget in Vorbereitung sei, ohne daß und unseinerseits Anregungen gegeben worden sind. Auf die Beamtenvorlage will ich nicht näher eingehen. Mit großer Empfindung wird aber hier immer darauf hingewiesen, daß die Ausgaben im Beharrungszustand 7 Mill. Mark betragen würden. Aber viel interessanter wäre es für den Beamten und den Steuerzahler gewesen, wie sich die Belastung für die die nächste und übernächste Budgetperiode gestalten wird. Es ist bedauerlich, daß wir diese Zahlen noch immer nicht haben. Durch die eine Zahl werden nur die Steuerzahler abgestreckt, was keineswegs erwünscht ist. Die Lage des Staatshaushaltes ist gänzlich schlimm. (Abg. Fröhau: Sehr gut.) Wenn der Minister die Oberbefehlsbefreiung aus tausenden Mitteln duden will, wenn er in der Lage ist, die Reichssteuer aufzubringen und auf eine Erhöhung der Vermögenssteuer auf 12 Pfg. zu verzichten, so kann die Lage des Staatshaushaltes nicht schlimm sein. Der Abg. Fröhau will einen Antrag einbringen, schon in diesem Staatshaushalt Anlehen anzunehmen. Ich meine, wir sollten damit zuparken, bis wir einen völligen Überblick über die Erfordernisse des Budgets haben. Die Anlehenpolitik im größten Stil werden wir treiben müssen, wenn wir an die wirtschaftliche Lösung der Ausnutzung unserer Wasserkräfte herantreten. Im Prinzip ist man mit einer derartigen Anlehenpolitik ja einverstanden. Die Wasserwirtschaftsfrage umfaßt die gesamte technische und wirtschaftliche Behandlung unserer Wasserkräfte. Die Bedeutung des Wasserverkehrs wird je mehr zunehmen, desto mehr die Bedeutung der Beförderung von Wassergütern zunimmt. Besondere Bedeutung wird der Wasserverkehr erlangen, wenn mit der Kanalifizierung unserer Flüsse die Elektrifizierung derselben Hand in Hand gehen wird. Zur Ausnutzung dieser Wasserkräfte ist voran zu ein Zusammengehen aller in Betracht kommenden Faktoren. Da jedoch es freilich eines zusammenfassenden Organs. Die Rheinisch-Westfälische Kommission kann als solches nicht in Frage kommen, schon weil hier die Handelskammern nicht genügend berücksichtigt sind.

Was die Ausnutzung der Wasserkräfte durch den Staat angeht, ist ja eine erfreuliche Wandlung in den Anschauungen der groß. Regierung bereits vollzogen. Die Heranlösung der elektrischen Kraft ist heute schon eine sehr begrenzte; es ist deshalb die Zeit gekommen, wo wir die ganze Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte nach einheitlichen Gesichtspunkten behandeln müssen. Die Elektrizität wird eines Tages die Nährmutter unserer ganzen Volkswirtschaft sein. Die Erzeugung so großer Massen von Elektrizität kann nur durch den Staat erfolgen, deshalb muß der Staat endlich Hand an unsere Wasserkräfte legen. Die Techniker zur Lösung dieser Frage sind vorhanden, nicht aber der Kaufmann. Der aber soll in einem besonderen Organ geschaffen werden. Dieses hätte sich bereits mit allen diesen Fragen zu beschäftigen. Dieses Organ denke ich mir als Wasserwirtschaftskammer. In ihr sollen liegen: Vertreter der Handelskammer, Vertreter der Handwerkskammer, der Landwirtschaftskammer, der größeren Gewerkschaften anderer Länder,

Techniker unserer Staatsverwaltungen, Techniker unserer Hochschulen, und endlich ein Techniker.

Ich komme nun zu den politischen Fragen und zwar zunächst zum Zentrum. Herr Backer hat am 1. Dezember 1907 im „Volksrecht“ einen Erlass ausgegeben, in dem gefordert wird, die Regierung soll neben der Partei stehen. Das Ministerium Brauer hat in der Ordensfrage wohl Verbindlichkeiten gesetzt, nicht aber bindende Zusagen gemacht. Das Zustandekommen der Wahlrechtsverträge ist weniger auf die Tätigkeit des Staatsministers Brauer als auf die des Ministers Schenkels zurückzuführen; das Hauptverdienst, das wollen wir nicht verkleinern, gehört dem Minister Schenkels. Nachdem vom Staatsminister hervorgehoben wird, daß das Vorgehen gegen die Weistlichen mit Zustimmung des Staatsministers u. Brauer injunziert worden ist, sollte doch das Zentrum seine Meinung über diesen Minister etwas ändern. Der Minister von Rodmann hat nun gegen die Zentrumsmagazine bei der Präsidentenwahl gehandelt. Jedoch der Minister des Innern ist noch jung in seinem Amt; er hat sich nur einmal vergangen, darum kann er wohl endgültig begnadigt werden. Das zeigt auch seine Rede vom Samstag, und wie sie vom Zentrum aufgeführt worden ist. (Lachen.) Im Gegensatz aber zu diesem begnadigten Minister Rodmann steht der Staatsminister Dusch. Er hat sich auch gegen die Regierungsmagazine des Zentrums bedingt. Man könnte ihn ja auch eine Genadenfrist gewähren; aber er ist doch fällig. (Weiterheit.) Er hat es nämlich für seine Pflicht gehalten, sich nicht neben das Zentrum zu stellen, sondern vom Volk Gebrauch zu machen, was es nötig war. Der Staatsminister v. Dusch hat ja auch dafür Sorge tragen wollen, daß bei der Auflösung von Klöstern diese noch gesetzlichen Normen eingerichtete werden. Das ist selbstverständlich, aber vom Zentrum wird es gehobelt. Herr v. Dusch ist eben fällig, er ist der Exhortation verfallen auf die Insel der Seligen, wo er mit seinem früheren Kollegen Schenkels beraten kann, wie es ist, wenn man in einem Land mit katholischer Mehrheit eine andere Politik machen will als Zentrumspolitik nach Baderischem Rezept. (Zuruf: Gehört: Schwirrende Ministerkessel.) Ich bin dem Abg. Jahnert dafür dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, diese alte Unte abzutreten. (Zuruf: Abg. Jahnert: Das stand ja in Ihrem offiziellen Parteiprogramm.) Ich kann doch nicht für die Abtastung eines Reaktions oder Reaktionsberichts sprechen. Der Minister Schenkels war ein liberaler Mann, seine Politik war gegen das Zentrum gerichtet. Das hat den Kopf des Zentrums entsetzt, und darum wurde ihm die Schuld an der Großblockpolitik zugeschoben. Wir haben unsere Großblockpolitik allein gemacht, und hätten und hier auch nicht von der Regierung dreinreden lassen.

Das Zentrum führt den Sturz Schenkels auf die Großblockpolitik zurück und hält diesen für einen Erfolg des Zentrums. Warum sollte also nicht die gleiche Dege gegen den Staatsminister fortgesetzt werden? Der Abg. Schöber hat damit begonnen, der Weist. Mat. Backer hat diese Politik in Würzburg fortgesetzt. Redner geht auf diese Rede Waders näher ein. Am Schlusse kommt die „ausgeprägte Zurückhaltung“ deutlich zum Ausdruck; weil der gegenwärtige Staatsminister der Erfüllung der „anderen Wünsche“ des Zentrums entgegen ist, muß er fallen. Ich habe den Abg. Jahnert wie zu den Gemächten geredet; seine Rede hat mich also nicht überredet. Ich hoffe, die Wirkung der ganzen Agitation wird wirkungslos am jetzigen Staatsminister abprallen. Wenn unsere Debatte wirklich einen Erfolg gehabt hat, so ist es das, daß es jetzt auch den Weistlichen und Volksmännern klar ist, daß kein Unterschied ist zwischen Baderpolitik und Jahnert-Weistlichen-Politik im Endzweck. Das Zentrum will lediglich ein Geschäftsministerium, ein Zentrumsministerium beiseite nicht, denn das müßte die Forderungen des Zentrums erfüllen und würde den Boden des Zentrums untergraben. Was den neuen Finanzminister Honsel anlangt, so hat ihm das Zentrum mit seinem Votum einen schlechten Dienst erwiesen. Warten wir doch einmal erst seine Zeiten ab. Vorläufig haben wir noch ein Staatsminister Dusch und mit diesem sind wir auf dieser Seite wohl zufrieden. (Abg. Kohl: Uns natürlich ausgenommen.) Wenn der Abg. Fröhau abplaus, der neue Minister des Innern wolle eine Politik mit den rechtsstehenden Elementen treiben, so müssen wir sagen, daß wir National-liberalen eine Politik mit den rechtsstehenden Zentrumselementen ablehnen würden; wir sind und bleiben treue Freunde des Volks. Der Abg. Otterich erklärt, die Politik von 1905 habe sich nicht nur gegen das Zentrum, sondern auch gegen die Konservativen gerichtet. Wenn wir gegen konservative Kandidaten vorgehen, so deshalb, weil und solche mit Unterstützung des Zentrums entgegengesetzt wurden. Der Abg. Otterich behauptet sich dagegen, daß die Kandidaten des Zentrums seien. In der Ministerfrage ist das wohl richtig, nicht aber in der Präsidentenfrage. Wenn die Konservativen kandidierende Politik treiben wollen, dann hätten Sie sich solche demagogische Agitatoren vom Arde, wie sie jetzt aber in Scherfeln am Werke sind. (Gemeint ist Abg. Schmidt-Dreitlen. v. N.) Unter lebhaften Pfeifungen der National-liberalen verließ Redner einige Stufen am Reden des Abg. Schmidt-Dreitlen, die er in seinem Wahlkreis gehalten hat. Der Abg. Kohl hat uns allen vorgehalten, wie wir liberale Politik treiben sollten. Es ist das ja alte Gemeinwissen dieses Abgeordneten. Man sagt uns, wie fänden ja weit rechts; von anderer Seite wird uns aber entgegengehalten, wie bewegen und zu weit links. Jedenfalls scheint der Abg. Kohl noch immer Hoffnungen zu haben. (Zuruf: Der Abg. Kohl: Sie kämpfen aber immer mehr zusammen.) Wir bewegen uns in der Sozialpolitik, die wir immer weiter ausbauen bestritten sind. Der Block im Reich ist ja ein künstliches Produkt, ein Anglist und ein Sorgenkind. Ein solches verlangt aber die sorgsamste Pflege; daß aber dies nicht von allen National-liberalen dem Volk zuteil wird, ist bedauerlich. Wie denken Sie sich eigentlich die weitere Politik, wenn der Block aufgelöst wird? Dann werden Zentrum und Reaktionskonservative eine Mehrheit bilden, der Liberalismus aber wird die leistungsunfähig gegenüberstehen. Die National-liberalen in Baden sind bereit, unermüde im Block zu stehen. Wollen Sie unser Programm ablehnen, so will ich Ihnen einige Sätze vorlesen. Redner liest den Inhalt der Rednerischen Rede vor. (Gelächel und Lachen.) Sie werden gewisse Anklagen an das Zentrumshauptprogramm gerichtet haben (Zuruf: Jahnert: Das ist ja die Blockpolitik), aber ich möchte Ihnen nur zeigen, daß das Zentrumshauptprogramm eigentlich nur Worte enthält.

Die „Christliche Weltanschauung“ ist das Zentrum in der Zentrumspolitik. Was ist nun aber diese christliche Weltanschauung? Es ist das doch eine Frage, die nicht in die Politik gehört. Das christliche Sittengesetz aber ist Gemeingut aller Weltländer. Die Weltanschauung des Zentrums kann doch nur sein eine konfessionelle, die gleiche des Bonifatius VIII., der gesagt hat, der Staat soll die Hand der Kirche sein. Nehmen Sie doch einmal die konfessionelle Politik vom Zentrum weg, dann bleibt eine Ueberpartei, eine Art politische Partei, die mit einem oder zwei handelt. Das Programm des Zentrums geht hinaus auf Vernichtung der geistlichen Freiheit, und demgegenüber kann nur helfen ein Zusammenschluß der Liberalen im Block. Der Abg. Kohl macht uns den Vorwurf, daß wir noch nicht weiß seien für eine Sozialpolitik. Die Vegetation bei den Sozialpolitikern ist fast nur, aber diese Vegetation hat gepflanzt dem Gedanken der Bekämpfung des Zentrums. Wir sind bereit, mit der Sozialdemokratie in einer ganzen Reihe von Fragen, die

igungen durch die Heimarbeit. Man nehme nur das Buch des Schriftstellers Pittmann in die Hand. Des weitern haben wir der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die neue Finanzpolitik des Reiches nicht im Interesse der Bevölkerung liegt, daß es vor allem der badijsche Finanzminister verabsäumt hat, die Interessen des badijschen Staates wahrzunehmen. Die Ausführungen des badijschen Finanzministers über den Tabak sind sehr „starker Tabak“ gewesen. Aber die Augen aufmacht, der muß das sehen, daß die Konzentration des Kapitals in Deutschland in den letzten Jahren ein Tempo angenommen hat, wie sonst nirgends in der Welt. Die Regierung sollte die Maßregeln vermeiden, die zur weiteren Konzentration des Kapitals führen. Nach unserer Ueberzeugung ist es gerade der genannte Entwurf, welcher dem Sozialismus in die Hand arbeitet; die gewaltsame Konzentration des Kapitals ist es, welche die Regierung, in einigen Jahren dazu drängen wird, die Arbeiter gegen den Großkapitalismus zu Hilfe zu rufen. Der Umwandlung der Meinungen vollzieht sich auch in den streifen der Privatkaemmen; diese kommen und jagen dem Staate, daß sie bei der heutigen Wirtschaftsordnung nicht mehr in der Lage sind, für ihre alten Lagen zu sorgen. Ist das nicht ein Triumph der sozialistischen Idee? In Berlin sind heute über 30 000 Menschen ohne Arbeit, das bedeutet, daß ungefähr 100 000 Menschen heute nicht wissen, wovon sie leben sollen; da muß eben die organisierte Hilfe der Gesellschaft eintreten. Die Regierung solle froh sein, daß die Sozialdemokratie dieser Arbeit den Weg der geordneten Hilfe gezeigt hat. Die sozialistische Bewegung ist eine große und notwendige Kulturbewegung. Der Minister hat gesagt, er möchte hoffen, daß die vaterländische Gesinnung auch bei den Arbeitern wachse, ich hoffe das Gleiche, aber die Liebe zum Vaterlande führt über die Freiheit! Sie wollen, daß die Arbeiter patriotisch werden, doch machen Sie sie zuvor zu freien Männern! (Starker Beifall bei den Sozialdemokraten)

Hiernach wird nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Schmidt-Breiten (S. d. L.) gegen den Abg. Schilder die Debatte abgebrochen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr nachm. Nächste Sitzung Donnerstag, den 30. Jan., vorm. 9 Uhr. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Darmstadt, 29. Jan. Anlässlich des am 1. April nach Halle bezuziehenden ordentlichen Professors der theologischen Fakultät der Landesuniversität in Gießen Dr. Deems, wird der „Darmstädter B.“ zufolge der Konzepte Prof. der Philosophie Martin Schan, Rektor an St. Bernhard und Privatdozent an der Universität Breslau werden.

Berlin, 29. Januar. Der Kaiser empfing den apostolischen Nuntius von Sid. Schantung und den Bischof Hemmings aus dem Kaukasusgebiet.

Berlin, 29. Januar. Admiral Graf v. Daudiss wurde zum Chef des Admiralstabes der Marine ernannt; Admiral v. Büchel, Chef des Admiralstabes der Marine, wurde unter Entbindung von dieser Stellung zur Verfügung des Kaisers gestellt.

Kopenhagen, 29. Januar. Kaiser Wilhelm ließ als am Jahrestage des Todes Königs Christian IX. einen großen Kranz mit weißer Seide fertigen, der die goldenen Initialen des Kaisers trägt, am Torze des Königs in der Domkirche niederlegen.

Christiana, 29. Jan. Der König erhebt die Mitteilung, daß der König und die Königin von England Mitte Februar hier einen offiziellen Besuch abhalten gedenken. Für den Besuch sind drei Lagen in Aussicht genommen.

Die bethische Wahlrechtsveränderung.

Darmstadt, 29. Jan. Der Senatekonvent der Provinzammer hatte Gelegenheit genommen, mit dem Staatsminister von Braun die weitere Behandlung der Wahlrechtsveränderung zu erörtern. Man war allgemein der Ansicht, daß eine vollständige Erledigung aller Gesetzesvorlagen auf diesem Landtage unmöglich sei. Der Senatekonvent wünscht, daß sofort bei Beginn des nächsten Landtages eine neue Wahlrechtsveränderung eingebracht werde, daß aber die Verhandlungen der beiden Ausschüsse der Kammer ruhig weitergeführt werden sollen, um zu sehen, ob eine Verständigung zu erzielen sei. Der Staatsminister konnte auf diese Anregung eine bestimmte Antwort nicht geben und befiel sich vor, nach einem Beschlusse des Staatsministeriums eine endgültige Antwort zu geben.

Der Zeugniszwang.

Darmstadt, 29. Jan. Die „Darmst. Jg.“ mitteilt, daß das Ministerium der Justiz an die Beamten der Staatsanwaltschaft ein Antwortschreiben erlassen, in welchem unter Bezugnahme auf die Anträge des Reichsanwalts bezugl. einer milderen Anwendung der Zeugniszwangsmaßregeln ausgeführt wird: Obwohl aufgrund vorgängiger Erklärungen angenommen werden darf, daß in den Provinzen Starkenburg und Oberhesse, solange die jetzige Strafprozeßordnung in Geltung ist und in der Provinz Niederhesse jedenfalls in den letzten zehn Jahren ein Fall der Zeugniszwangsmaßregeln in Straf- oder Disziplinarverfahren nicht vorgekommen ist, so glauben wir doch, um auch für die Zukunft die Beibehaltung der bisherigen vorrichtigen Prozeßmaßregeln zu sichern, der Antrag des Herrn Reichsanwalts folgend, die Beamten der Staatsanwaltschaft darauf hinzuwirken zu sollen, ihrerseits bei etwa vorkommender Zeugnisverweigerung hinsichtlich der Stellung von Anträgen auf Anordnung der Zwangsmaßregeln die bisher beobachtete weise Zurückhaltung zu üben und auch den Gerichten gegenüber die Bedenken, die gegen die Anwendung der Maßregeln je nach Lage des einzelnen Falles sprechen, regelmäßig geltend zu machen.

Moskwa.

Sankt Petersburg, 29. Januar. Das diplomatische Corps erwählte in der heutigen Sitzung ein Unterkomitee, bestehend aus Vertretern der Beamtenstaaten, Italiens und Belgiens sowie der österreichischen Regierung, die ein Reglement auszuarbeiten sollen, bezügl. Erhebung einer neuen Steuer, die in Zukunft auch auf fremde Staatsangehörige ausgedehnt werden kann, gemäß Artikel 64 der Note von 1880.

Zur Lage in Portugal.

Lissabon, 29. Januar. Agente Santos hier verhört sich mehr und mehr die Meinung, daß Franco im Sinne sein wird alle Schwierigkeiten zu überwinden. Die Politik ist hier überhandnehmend und überhand weicht das Militär und mehrere Notabeln der Partei der Republikaner und der säkularen Christen vor. Einige Republikaner beabsichtigen Fortzu als zu verlassen.

Die Rede Telegraf.

Kassel, 29. Jan. Der volkswirtschaftliche „Mittler“ veröffentlicht einen Brief seines römischen Korrespondenten, in welchem dieser erklärt, daß die italienische Regierung bedauert die Rede Telegraf; diese habe auch in den bisherigen parlamentarischen Kreisen einen unangenehmen Eindruck gemacht. Der Korrespondent sagt ferner, wie ihm ein hervorragender Parlamentarier mitgeteilt habe, sei in jüngeren politischen Kreisen schon lange die Rede davon, daß Telegraf Benetti zu einem außerordentlich

herzlichen Einvernehmen bemogen habe, das die erlaubten Grenzen der Stellung Italiens im Dreiebunde überschritt.

Die Austauschprofessoren.

New York, 18. Jan. Im Hotel Astor wurde gestern Abend zu Ehren der Austauschprofessoren Leonhardt und Burges und des Erlasses, den sie davon getragen haben, ein Festmahl veranstaltet. Bischof Peizer führte den Vorsitz bei der Festlichkeit, an der viel hervorragende Pädagogen, Finanzleute und Juristen teilnahmen. Es wurden begeisterte Trinkprüche auf Kaiser Wilhelm und den Präsidenten Roosevelt ausgesprochen und deutsche und amerikanische Nationallieder gesungen. Professor Leonhardt feierte den Kaiser und Roosevelt, die den Professorenanstellung in die Wege geleitet hätten und nannte das Austauschverfahren weise, da es gegebenenfalls der Menschheit zu großem Segen gereichen würde. Professor Burges begrüßte die ihm entgegengebrachte deutsche Gastfreundschaft. Der Professorenanstellung sei der erste Schritt zur Grundlegung des Weltfriedens, alle Redner gedachten der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika. Gelegentliche Zustimmung fand besonders eine Rede des Prof. Kirchow von der Columbiauniversität, als er erklärte, er glaube, daß eine pantheonomische Allianz anstelle einer angefeindeten getreten sei.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 29. Januar.

Am Bundesratsmäßig Staatssekretär von Tirpitz und Freiherr v. Siongel.

Graf Stolberg eröffnet um 2 Uhr 15 Min. die Sitzung und teilt mit, daß der Kaiser die Glückwünsche des Reichstags zum Geburtstag huldvollst entgegengenommen habe.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Flottengesetzes.

Freiherr v. Hüncfeld (Jr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und beantragt die Annahme des Gesetzes, sowie eine Resolution, in welcher der Reichskanzler ersucht wird, dafür zu sorgen, daß baldmöglichst im Etat der Verwaltung der Marine neben den vollen Kosten für die Armierung ein die Verkürzung des Lebensalters der Rintenschiffe entsprechend höhere Prozentsatz des Wertes der Flotte, bisher 6 pCt. für den ordentlichen Etat übernommen wird.

Graf Driela (nall.) führt aus: Seine Partei halte an den von Wassermann bei der ersten Lesung entwickelten Gesichtspunkten, die eine längere Lebensdauer der Kriegsschiffe forderten, fest und verlange, daß man bei der Armierung der neuen Erprobanten hinter den Fortschritt der anderen Seemächte nicht zurückbleibe. Aber auch der Typus der Kaiser- und Mitteldeckklassen müsse rascher erhöht werden, als in Aussicht genommen sei.

Rebner wünscht, daß wir baldmöglichst eine Flotte erhalten, die auch wirklich wertvoll und achtunggebend ist. Wenn wir das Bontempo der nächsten 4 Jahre innehalten, dann ist auch eine Ueberleitung der Werften ausgeschlossen. Auch die Verschleissung der Erprobanten der Schulschiffe halte er für dringend notwendig. Rebner sprach dann seine Besenke darüber aus, daß der Staatssekretär in der Kommission erklärte, daß andere Schiffe beizulegen werden. Die großen Verdienste der Reichsmarineverwaltung, speziell des Staatssekretärs um die Organisation der Flotte verleihe keine Partei nicht. Was die Konzepte betrefte, so glaube seine Partei, daß dieselbe um einige Monate verkürzt werden könne. Seine Partei wünsche, daß die Marineverwaltung in der letzten Hälfte für die Arbeiter nicht zulasse. Das deutsche Volk erwarte vom Reichstag, daß er dieser notwendigen Vorlage zustimme. (Beifall)

Wiemer (frei. W.) erklärt, seine Partei habe die Zustimmung zu dieser Vorlage von dem Nachweis ihrer Notwendigkeit abhängig gemacht. Dieser Nachweis sei in der Kommission von der Verwaltung mit dem Hinweis auf die Fortschritt der Technik geführt worden.

Nachtrag zum lokalen Teil.

In der Versteigerung bethischer Baupläne des Stadt XXXIV der südlichen Stadterweiterung, die heute nachmittags um 2 Uhr durch den Groß-Kotar Raber vorgenommen wurde, hiezu sich eine außerordentlich große Anzahl Ankäufer eingestellt. Es gelangten neun Plätze zum Angebot. Zugkräften wurde 1. der Bauplatz Wehlstraße 38 und Sophienstraße 10 im Maßgebhalte von 486,25 qm (Anschlag 65 M. pro qm) Herrn Baumeister Hermann 121 qm 161,20 M. pro qm, 2. der Bauplatz Sophienstr. 12 im Maßgebhalte von 496,76 qm, (50 M. Anschlag) zu 64,40 M. pro qm. Herrn Baumeister Stein, 3. der Bauplatz Sophienstraße 14 im Maßgebhalte von 653,72 qm, (Anschlag 50 M. pro qm) zu 55 M. pro qm. Herrn Baumeister Heisenböcker, 4. der Bauplatz Wehlstraße 36 im Maßgebhalte von 573,55 qm, (Anschlag 50 M. pro qm) zu 70,10 M. pro qm. Herr Simon, 5. der Bauplatz Wehlstraße 34 im Maßgebhalte von 498,01 qm, (Anschlag 50 M. pro qm) zu 70,50 M. pro qm. Herrn Zimmermeister Boos, 6. der Bauplatz Wehlstraße 32 im Maßgebhalte von 612 qm, (Anschlag 50 M. pro qm) zu 63 M. pro qm. Herrn Baumeister Geyer, 7. der Bauplatz Wehlstraße 28 im Maßgebhalte von 510 qm, (Anschlag 50 M. pro qm) zu 71,40 M. pro qm. Herrn Geyer, Simon, 8. der Bauplatz Karl Ludwigstraße 23 im Maßgebhalte von 425,23 qm, (Anschlag 50 M. pro qm) zu 71,50 M. pro qm. Bauverwalter Herr Agent Paul Harry als Bevollmächtigter 9. der Bauplatz Karl Ludwigstraße 25 und Sophienstraße 24 im Maßgebhalte von 508,48 qm, (Anschlag 65 M. pro qm) zu 92,20 M. pro qm. Herrn Steinbauermeister Schabusch. Die Versteigerung nahm 2 Stunden in Anspruch.

Volkswirtschaft.

Industrieleerstände Mannheim. Die nächste Zusammenkunft findet Dienstag, 1. Februar, nachmittags 3 Uhr im Vorkriegsgebäude statt.

Die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft, A.-G., teilt aus mit, daß Herr Dr. jur. Max Deje, bisher Polizeikommissar der Stadt Köln a. Rh. in den Vorstand des Instituts eingetreten ist. — Der bisherige Profurist, Herr Gustav Kollisch, ist aus seiner Stellung bei der Bank ausgetreten, um sich einem anderen Wirkungskreise zu widmen. Seine Profura ist erledigt. An seiner Stelle wurde Herr Max Major mit der Leitung der Effektenabteilung betraut; den bisherigen Mitarbeitern, den Herren Adolf Cohn, Fritz Woss und Friedrich Schmid wurde Profura erteilt. Herr Emil Bachhaus wurde als rezervierter Leiter in die Filiale Bismarckheim berufen.

Der Verwaltungsrat der bethischen Eisenbahnen beschloß, für 1907 eine Kapitaldividende von 2½ Prozent vorzuschlagen (im Vorjahr 1 Prozent). Danach werden verteilt auf die Aktien der Ludwigsbahn 9½ Prozent (im Vorjahr 10 Prozent), der Maximiliansbahn 6½ Prozent (im Vorjahr 6½ Prozent), der Nordbahn 4½ Prozent (im Vorjahr 5 Prozent).

Statistik der Tabakpflanzerei. In Plankstadt wurden im Jahre 1907 von 172 Pflanzern 486 Grundstücke mit Tabak bepflanzt. Es wurden daraus erzielt an Gruppen 11 188 Kilo, Sandblatt 3308 Kilo und Obergut 161 186 Kilo. Der Erlös war für Gruppen rund 3120 Mark, für Sandblatt 19 800 Mark und für Obergut 103 000 Mark, zusammen also rund 126 000 Mark für die 172 Pflanzern; auf einen Pflanzern kommt somit im Durchschnitt über 732½ Mark.

Vierbrauerei-Gesellschaft vorm. Joh. Forster, Schwabach. Bei einem um 561 Dektoliter auf 24940 Dektoliter gestiegenen Bierausstoß erzielte das Unternehmen in 1906-07 nach Mark 25 201 M. (im Vorj. M. 25 200) Abschreibungen einen Reingewinn von Mark 22 000 M. (22 215), woraus eine Dividende von wieder 2 Prozent (wie l. J.) verteilt wird.

Die Mechanische Weberei Fischer in Mitten (Allgäu) erzielte im Jahre 1907 (M. 117 579) Reingewinn und verteilt 250 M. (200 M.) Dividende auf die Aktien.

Glas- und Spiegelmanufaktur Schalle. Der am 8. März in Köln stattfindenden Generalversammlung der Glas- und Spiegelmanufaktur Schalle soll die Verteilung einer Dividende von 14 Prozent für das Geschäftsjahr 1907 vorge schlagen werden. M. 169 701 werden auf neue Rechnung vorgetragen. Ferner soll der Generalversammlung zur Beschaffung von Mitteln für verschiedene Neuanlagen ein Antrag unterbreitet werden, das Aktienkapital um M. 600 000 zu erhöhen durch Ausgabe von 600, vom 1. Januar 1908 ab dividendenberechtigter Aktien zu M. 1000, welche den Aktionären durch Vermittelung einer Pansgruppo zum Kurse von 135 Prozent angeboten werden.

Neue bethische Anleihen. Auf neue 4proz. Anleihen werden Angebote bei den Banken eingefordert von der Stadt Worms für 10 Millionen Mark und von der Stadt Dortmund für einen noch nicht feststehenden Betrag, der zwischen 9 und 10 Millionen Mark gelegen ist.

Elektrizitäts-Gesellschaft Altköln, Bafel. Die Gesellschaft schlägt auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 6 Prozent (im Vorj. 5 Prozent) und auf die Stammaktien eine solche von 4 Prozent (4 vor). In Nebenrechnungen werden 377 000 verwendet.

Bankenfusion. Zwischen der Magdeburger Privatbank in Magdeburg und der Wechselbank in Hamburg ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem die Wechselbank in Hamburg mit sämtlichen Aktien und Passiven auf die Magdeburger Privatbank übergeht. Für je nominal M. 1000 Aktien der Wechselbank werden nominal M. 1000 Aktien der Magdeburger Privatbank mit halber Dividende für 1908 gewährt. Der bisherige langjährige Leiter der Wechselbank, Direktor Lehmannsdorff, tritt in den Vorstand der Magdeburger Privatbank über. Die Geschäfte der Wechselbank werden von der Niederlassung der Magdeburger Privatbank in Hamburg weitergeführt. Der Aufsichtsrat wird demnächst eineberufenenden außerordentlichen Generalversammlungen beider Gesellschaften zur Genehmigung vorgelegt. Das Kapital der Magdeburger Privatbank wird zum Zwecke der Durchführung der Transaktion um Mark 5 Millionen auf Mark 32 600 000 erhöht.

Zahlungsanstaltungen. Die Genossenschaft selbständigem Schuhmacher Dresden und Umgebung, e. G. m. b. H. hat insoweit verfallenden Vertriebs ihren Konkurs angemeldet. Die Verbindlichkeiten betragen rund 50 000 Mark, in der Masse liegen rund 30 000 Mark. Die Genossenschaft besteht aus 26 Genossen mit 208 Aktien zu je 20 M. — In Konkurs der Schuhfabrik Hilberg in Bafel, an dem deutsche Lederfabrikanten beteiligt sind, betragen die Gesamtschulden laut „N. Z.“ 341 000 M., davon 150 000 M. bevorrechtigte Hypothekendarstellungen. Die Aktien betragen aus 206 000 M. Immobilien und etwa 30 000 M. Warenbeständen. — Die Drehwelle- und Ritzfabrik Theodor Adolph in Berlin-Rummelsburg befindet sich in Zahlungsunfähigkeit und steht einen Vergleich auf der Höhe von 50 Prozent an. Die Verbindlichkeiten sollen nicht unbeträchtlich sein.

Die Newporf United States Steel Corporation erklärt eine Quartalsdividende von ½ Prozent auf die Stammaktien und 1½ Prozent auf die Vorzugsaktien. Die Nettoeinnahmen nach Abzug der ganzen Betriebskosten betragen für das am 31. Dez. 1907 abgelaufene vierte Quartal 32 553 000 Dollar gegen Doll. 43 344 285 im 3. Quartal 1907 und 41 744 964 Dollar im 4. Quartal 1906. Das letzte Quartal weist somit ein Rückgang von ca. 9 081 000 Dollar gegen der gleichen Periode des Vorjahres auf und ist am kleinste seit 1905. Der Ueberschuß des letzten Vierteljahres betrug 3 330 000 Dollar. Die Nettoeinnahmen für 1907 betragen 160 984 000 Dollar, die größte seit bestehen der Gesellschaft gegen 155 004 087 Dollar im Vorjahr, 119 849 000 Dollar im Jahre 1905 und 79 176 715 Dollar im Jahre 1904. Gegen das Vorjahr weisen die Nettoeinnahmen somit eine Mehreinnahme von 4 800 000 Dollar auf. Der Antragsbestand zu Ende des 4. Quartals belief sich auf 4 625 000 Tonnen gegenüber einem Antragsbestand von ca. 4 865 000 Tonnen am 31. Dezbr. 1906. Dieser Antragsbestand ist der kleinste seit 1905.

Telegraphische Handelsberichte.

B. Die 4proz. Hamburger amortisierbare Staatsanleihe von 1908. Gesamtkündigung frühestens zum 1. April 1918. Das Interesse gelangt vom 30. ds. Mts. an der Konstanter Börse zur Zahlung. Die Lieferung erfolgt per Kassa in den von dem Hamburgischen Staat ausgestellten Internationalscheinen, obgleich Jussen ab 1. März 1908.

Waldruhe, 29. Jan. Die Konstanter Börse der Waldruhefabrik vorm. S. Waggel u. Co. erhalten auf M. 277 450 Fortsetzungen in dritter Verteilung 5 Prozent.

B. Frankfurt, 29. Jan. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Aktiengesellschaft Eisen- und Silberhütte Frankfurt a. M. bewählte ein Aktionär die gegenwärtige Geschäftsführung. Den Ausführungen des Aktionärs trat in längerer Rede sowohl der Vorsitzende wie der interimistische Vorstand Sonderer entgegen. Infolge des raschen Rückgangs von Blei, der durch die Weltmarktlage in Amerika, wodurch dieselbe jetzt in Europa als Verkaufsmittel auftrat, wurde die unangenehme Geschäftslage geschaffen, daß eine Verstärkung, wie die Aktionäre teilte, der Fortwende mit, daß der Verkauf der Dividende vollkommen sicher und die Veranlassung eines beträchtlichen Teils der Reserven zur Deckung des Verlustes vorzuziehlich sei.

Dresden, 29. Jan. Die Chemiker Aktien-Fabrikation schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 Proz. (im Vorjahr 8 Prozent) Dividende vor.

Berlin, 29. Jan. Die Dortmundener Union hat nach dem V. L. einem Aktionär mitgeteilt, der Geschäftsjahr habe seit Mitte November infolge einer teilsweise Herabsetzung erfahren, als für einen Teil der Konkurrenz der Nachfrage nachgegeben hat; infolgedessen gingen einige Werke zu Kreisverhandlungen über, wodurch Vorgehen auch die Union sich anschließen mußte, um Aufträge in diesen Organismen zu erhalten und die Anlagen zu beschaffigen.

Mannheimer Effektenbörse

vom 29. Januar. (Offizieller Bericht)
In Aktien der Zuckerfabrik Waghäusel gelangten heute Umsätze zu 128 Pct. zur Notierung. Sonstige Veränderungen: Pfälz. Bank-Aktien 100.20 G., Verein Gem. Fabriken 308 B. und Karlsruhe Nähmaschinenfabrik Gaid und Neu-Aktien 261.50 B.

Table with columns for Aktien, Renten, and Industrie. Lists various stocks and their prices, including titles like 'Aktien', 'Renten', and 'Industrie'.

Berliner Effektenbörse

Table with columns for Aktien, Renten, and Industrie. Lists various stocks and their prices, including titles like 'Aktien', 'Renten', and 'Industrie'.

Berliner Produktenbörse

Table with columns for Weizen, Roggen, and Hafer. Lists various grain products and their prices, including titles like 'Weizen', 'Roggen', and 'Hafer'.

Berliner Produktenbörse

Table with columns for Weizen, Roggen, and Hafer. Lists various grain products and their prices, including titles like 'Weizen', 'Roggen', and 'Hafer'.

Pariser Börse

Paris, 29. Januar. (Kalen. Markt)
3% Rente 98.00 98.17
4% Rente 102.00 102.00
5% Rente 104.20 104.20
Läuten umf. 98.90 98.50

Frankfurter Effektenbörse

Table with columns for Aktien, Renten, and Industrie. Lists various stocks and their prices, including titles like 'Aktien', 'Renten', and 'Industrie'.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Table with columns for Aktien, Renten, and Industrie. Lists various stocks and their prices, including titles like 'Aktien', 'Renten', and 'Industrie'.

Preisnotierungen der Börsenkommission des Vereins von Holzinteressenten Süddeutschlands für die Holzpreise vom 24. Januar 1908 in Straßburg i. G.
Stimmung ruhig.

Table with columns for Holzpreise. Lists various wood products and their prices, including titles like 'Kiefer', 'Tanne', and 'Fichte'.

Die Preise verstehen sich franco Wagon Straßburg für Lieferanten für Holz bis 10 m Länge und höchstens 20/20 cm Stärke.

Starker Besuch, nur Orientierung: Wenig Umsatz in nicht befristeten Preisen. Rundholzaufsätze immer noch zu hoch, Ausblick auf Frühjahrs-Baumstoffe äußerst gering, deshalb Vorzicht im Einkauf von Rundholz sehr geübt.

Verlag des General-Anzeigers der Stadt Mannheim. (Pfälzische Neuzeit Nachrichten.) (Mannh. Journal.)

Advertisement for Magen-Darm-Zuckerkranken. Includes text: 'Wer sich für eine gereinigte Ernährung interessiert...' and 'Gulmer's Aleuronat-Gebäck'.



Ein junger Belgier sucht Stellung als...

Volontair

per 1. April in hiesigen Waren-Verkauf...

Reise-Inspektor

für erkrankte Lebensversicherungsgesellschaften...

Wauselwaren-Geschäft

in dieser Stadt der Welt ist besonders reichhaltig...

Vermischtes.

Schriftlicher Nebenwerb! Die 1000...

Entlaufen

Braun-schwarzer Pincher entlaufen, gegen Belohnung abzugeben...

Geldverkehr

15000 Mk. in bar, sofort, unter Taxe...

Masken

Ein eleganter, Domino farbiger, feiner...

Ankauf

Ein eleganter, Domino farbiger, feiner...

Pension sucht

2 geh. Pension und 1 Tafel-Stube...

Verkauf

Haus- u. Geschäfts-Verkauf. Ein eleganter, Domino...

Schlafstellen

Privatpension, K2, 5. Kaufmannslehre...

Kost und Logis.

Souper à la carte im hiesigen Park...

Bauplätze

Im hiesigen Industriegebiet im ansehnlichen...

Stellen finden.

Stellen suchen. Verheirateter Mann...

Stellen finden.

Stellen finden. Vertretung gesucht...

Stellen finden.

Stellen finden. Frau, welche in der...

Stellen finden.

Stellen finden. Buchhalter...

Stellen finden.

Stellen finden. Junger Mann...

Stellen finden.

Stellen finden. Buchhalter...

Stellen finden.

Stellen finden. Buchhalter...

Heidelberg. Villa mit 10 Räumen in ruhiger... 37140

Villenbauplatz in Griesheim, mit geneigtem Terrain...

Möbel. Wegen Aufgabe meines Möbelmagasins verkaufe ich...

weit unter Preis Ca. 10 Schlafzimmer, 20 Schränke...

hochfeine Ladeneinrichtung noch neu, als Glasvitrine...

Gelegenheitskauf. Sog. Schl. erhaltenes Motorrad...

Stellen finden. Vertretung gesucht...

Stellen finden. Junger Mann, welcher in der...

Stellen finden. Buchhalter, der Station bei...

Stellen finden. Buchhalter, der Station bei...

Anständiges Mädchen mit Köche gesucht...

Mädchen für Hausarbeit per 1. Februar gesucht...

Lehrlingsgesuche. In meiner graph. Kunst-Anstalt...

Lehrling gesucht. Jüngerer, sauberes Mädchen...

Lehrling. Aus guter Familie gesucht von...

Lehrling. In Offizin aus anständiger Familie...

Stellen suchen. Verheirateter Mann...

Stellen finden. Junger Mann...

Stellen finden. Buchhalter...

Stellen finden. Buchhalter...

Stellen finden. Buchhalter...

Stellen finden. Buchhalter...

Mietgesuche. Solches Ansuchen nicht mögl. Zimmer...

Wirtschaften Für Wirtslente. In verkehrsreicher Lage...

Läden. Neubau, Laden, ebener Werkst. mit großem...

Bureaux. Ein Bureau in 2. Stock mit einem Zimmer...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Zu vermieten. Eine 2-Zimmerwohnung mit Bad...

Ebene 4 Zimmerwohnung zu vermieten. 2 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...

Waldparkstr. 26. 4 Zimmer, Bad...